

Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Baden-Württemberg

Kriminologische und demografische Strukturen

Dr. Monika Kaiser

Im Jahr 2003 waren in den Justizvollzugsanstalten Baden-Württembergs gut 6 200 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte inhaftiert, fast genau so viele wie zum letzten Höchststand im Jahr 1984. Bezogen auf die strafmündige Bevölkerung lag die Zahl der Strafgefangenen aber deutlich niedriger. Während die Zahl der ausländischen Strafgefangenen in den letzten vier Jahren spürbar abgenommen hat, ist die Zahl der deutschen Strafgefangenen seit Mitte der 90er-Jahre kontinuierlich gestiegen. Erfreulich ist, dass der Anteil der Strafgefangenen mit Vorstrafen abgenommen hat, was als Indiz für eine sinkende Rückfälligkeit gewertet werden kann. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg stark ausgelastet. Bundesweit weisen sie die vierthöchste Belegungsquote auf.

Am Stichtag 31. März 2003 verbüßten in den 20 Justizvollzugsanstalten des Landes gut 6 200 Strafgefangene eine Freiheits- oder Jugendstrafe oder befanden sich in Sicherungsverwahrung. Im Zeitraum 1975 bis 1983 war ihre Zahl kontinuierlich gestiegen und hatte 1984 ihren bisherigen Höchststand erreicht. An diesen Zeitraum schloss sich von 1985 bis 1992 eine Phase der Entspannung an. Seit 1993 liegt die Zahl der Strafgefangenen tendenziell wieder im Aufwärtstrend und erreichte 2003 fast das hohe Niveau des Jahres 1985 (Tabelle).

Auf 100 000 strafmündige Einwohner kommen rund 70 Strafgefangene

Die vergleichsweise hohe Zahl an Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten im Jahr 2003 und der Vergleich mit dem Niveau Mitte der 80er-Jahre relativiert sich, wenn man die Strafgefangenenanzahl zur strafmündigen Bevölkerung – also zur Zahl der Einwohner mit einem Mindestalter von 14 Jahren – in Beziehung setzt. Je 100 000 Einwohner im strafmündigen Alter gab es hier zu Lande im vergangenen Jahr 69 Strafgefangene und Siche-

rungsverwahrte, im Jahr 1984 waren es mit 80 noch deutlich mehr. Allerdings ist seit 1993 auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung wieder eine Zunahme der Strafgefangenen-Häufigkeit festzustellen (Schaubild 1). Binnen 10 Jahren stieg die Häufigkeitsziffer von 58 je 100 000 Einwohner im strafmündigen Alter auf 69 im Jahr 2003.

Je nach Staatsangehörigkeit entwickelt sich die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten sehr unterschiedlich. Unter den 6 200 Personen, die im Jahr 2003 in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten wegen einer Haftstrafe oder Sicherungsverwahrung inhaftiert waren, waren gut 4 500



Dipl.-Volkswirtin
Dr. Monika Kaiser ist
Leiterin des Referats
„Beschäftigung und
Arbeitsmarkt, Ausländer,
Rechtspflege“ im
Statistischen Landesamt
Baden-Württemberg.



Die seit 1961 bundeseinheitlich durchgeführte Strafvollzugsstatistik umfasst zwei Erhebungen:

- Jeweils zum **Stichtag 31. März eines Berichtsjahres** werden demografische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen im Freiheits- und im Jugendstrafvollzug sowie der Sicherungsverwahrten nachgewiesen. Die wichtigsten Merkmalsgruppen sind Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Art und Dauer des Vollzugs, Zahl der Vorstrafen und Art der Straftat. Von mehreren möglichen Straftaten wird nur diejenige erfasst, die vom Gesetzgeber mit der höchsten Strafe belegt ist.
- Zusätzlich werden **monatlich** die Justizvollzugsanstalten, deren Bestand an Gefangenen und Sicherungsverwahrten und die Zu- und Abgänge nach Art des Vollzugs erfasst. Im Gegensatz zur Stichtagerhebung wird bei den Arten des Vollzugs neben dem Freiheits- und Jugendstrafvollzug auch die Untersuchungshaft und die sonstige Freiheitsentziehung wie der Strafverhaft und die Abschiebungshaft einbezogen.

T Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Baden-Württemberg seit 1984* nach ausgewählten Merkmalen										
Jahr	Strafgefangene und Sicherungsverwahrte									
	insgesamt	Frauen	Ausländer ²⁾	Sicherungsverwahrte	im Alter von ... bis unter ... Jahren			im geschlossenen Vollzug	im offenen Vollzug	je 100 000 Einwohner ¹⁾
					14 - 25	25 - 40	40 und mehr			
1984	6 306	223	747	37	1 712	3 132	1 462	5 397	909	80
1985	6 248	210	716	35	1 605	3 179	1 464	5 186	1 062	79
1986	5 988	198	733	41	1 493	3 104	1 391	4 914	1 074	75
1987	5 680	187	712	40	1 331	3 000	1 349	4 620	1 060	71
1988	5 560	204	743	29	1 315	2 960	1 285	4 588	972	70
1989	5 503	200	825	29	1 190	3 027	1 286	4 539	964	68
1990	5 289	193	884	32	1 107	2 956	1 226	4 334	955	65
1991	5 035	179	988	27	1 090	2 802	1 143	4 123	912	60
1992	4 921	195	1 013	30	1 052	2 819	1 050	4 004	917	58
1993	5 002	189	1 210	32	1 089	2 760	1 153	4 152	850	58
1994	5 258	201	1 488	36	1 180	2 899	1 179	4 290	968	61
1995	5 274	189	1 619	34	1 115	2 941	1 218	4 319	955	60
1996	5 502	216	1 716	40	1 127	3 025	1 350	4 543	959	63
1997	5 672	190	1 863	40	1 107	3 157	1 408	4 595	1 077	65
1998	5 946	272	1 940	38	1 189	3 259	1 498	4 888	1 058	68
1999	6 064	272	1 962	39	1 221	3 261	1 582	4 957	1 107	69
2000	6 137	262	1 930	38	1 300	3 239	1 598	5 005	1 132	70
2001	5 891	253	1 692	43	1 198	2 985	1 708	4 813	1 078	66
2002	6 116	272	1 728	48	1 313	3 062	1 741	5 064	1 052	68
2003	6 230	294	1 695	52	1 332	3 106	1 792	5 163	1 067	69

*) Stichtag jeweils 31. März. – 1) Strafmündige Personen (Bevölkerung ab 14 Jahren). – 2) Einschließlich Staatenlose.

deutsche Strafgefangene und knapp 1 700 ausländische Strafgefangene. Der Anteil deutscher Strafgefangener hat 2003 demnach bei fast 75 % gelegen. Im Jahr 1985 hatte er noch fast 90 % betragen, war jedoch in den 80er- und 90er-Jahren im Zuge der kräftigen Zunahme der Zahl ausländischer Strafgefangener spürbar gesunken. Erst in den letzten Jahren zeigt die Zahl der ausländischen Strafgefangenen einen rückläufigen Trend.

Nur 5 % aller Strafgefangenen sind Frauen

Frauen sind unter den Strafgefangenen sehr schwach vertreten. Nur knapp 300 oder 5 % aller Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten sind weiblich. Die Tatsache, dass der Frauenanteil bei den rechtskräftig Verurteilten mit rund 17 % spürbar höher liegt, macht deutlich, dass Frauen häufiger als Männer leichtere Straftaten verüben, die eine Haftstrafe entbehrlich machen und eher mit Geldstrafen oder zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafen geahndet werden.

Die meisten Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten sind mittleren Alters: Rund die Hälfte ist zwischen 30 und 50 Jahre alt. Dies gilt für deutsche wie für ausländische Strafgefangene. Anders bei den Älteren über 50 Jahre und den Jüngeren unter 30 Jahren. In den oberen Altersklassen sind ausländische Strafgefangene weniger stark vertreten, in den unteren Altersklassen dafür eher stärker. Unter den ausländischen Strafgefangenen waren 2003 nur 4 % älter als 50 Jahre und 25 % zwischen 25 und 30 Jahre alt, bei den deutschen Strafgefangenen lagen die entsprechenden Anteile bei 14 % bzw. 16 %. Generell bilden Jugendliche in den Justizvollzugsanstalten mit einem Anteil von 1 % nur eine kleine Gruppe, weil deutsche und ausländische Straftäter im Alter von 14 bis unter 18 Jahren nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden. Auch Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren werden in rund der Hälfte der Fälle nach Jugendstrafrecht verurteilt. In über 90 % aller Urteile gegen Jugendliche und Heranwachsende werden andere Strafformen wie Zuchtmittel, Erziehungsmaßregeln und Freiheitsentzug auf Bewährung verhängt.

Rund 17 % aller Freiheitsstrafen im offenen Vollzug

Die mit Abstand häufigste Vollzugsart in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten ist die Freiheitsstrafe, gefolgt von der Untersuchungshaft (*Schaubild 2*). 1995 und 2003 verbüßten jeweils rund 90 % aller Häftlinge eine Freiheitsstrafe oder befanden sich in Untersuchungshaft. Allerdings hat sich das Gewicht in den letzten 8 Jahren immer mehr in Richtung der Freiheitsstrafe verschoben. Im Jahr 1995 waren noch ein Drittel aller Strafgefangenen Untersuchungshäftlinge, 2003 nur noch gut ein Viertel. Von eher untergeordneter Bedeutung sind mit Anteilen unter 10 % Jugendstrafen und sonstige Formen der Freiheitsentziehung wie Strafarrrest und Abschiebungshaft einschließlich der Sicherungsverwahrung.

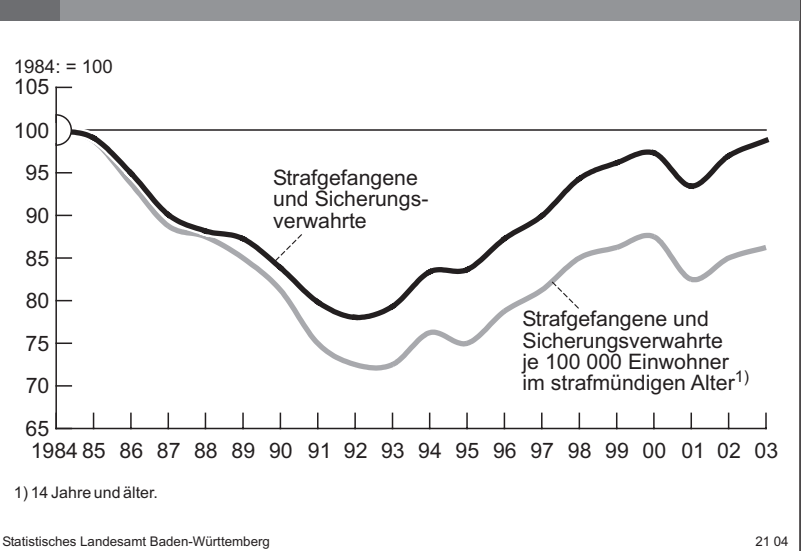
Der Anteil der Strafgefangenen im offenen Vollzug liegt seit Jahren nahezu unverändert bei rund 17 %. Durch die mit dem offenen Vollzug verbundenen Lockerungen wie beispielsweise die Möglichkeit, außerhalb der Vollzugsanstalt zu arbeiten, soll die Wiedereingliederung in die Gesellschaft sowie bei kürzeren Freiheitsstrafen die begrenzte Weiterführung des normalen Arbeitslebens ermöglicht werden.

Bezüglich der Häufigkeit des offenen Strafvollzugs zeigen sich zwischen den deutschen und ausländischen Strafgefangenen erhebliche Unterschiede. Bei den ausländischen Strafgefangenen waren 2003 nur 6 % aller Inhaftierten im offenen Vollzug, bei den deutschen Strafgefangenen lag der Anteil mit 21 % mehr als dreimal so hoch. Die Frage, ob einem Strafgefangenen die Möglichkeit des offenen Vollzugs eingeräumt wird, hängt neben der Schwere der Straftat auch von der Einschätzung einer möglichen Fluchtgefahr ab.

Über 40 % der Haftstrafen wegen Vermögensdelikten

Allein 44 % der 6 200 Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten verbüßten 2003 eine Freiheits- bzw. Jugendstrafe wegen Vermögensdelikten, unter ihnen 1 200 bzw. 19 % wegen Diebstahl und Unterschlagung, gut 700 bzw. 12 % wegen Raub, Erpressung und räuberischem Angriff auf Kraftfahrer und weitere 600 bzw. 10 % wegen Betrug und Untreue (*Schaubild 3*). Wie ein 10-Jahres-Vergleich der Deliktstruktur von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten zeigt, haben Vermögensdelikte mit Ausnahme von Betrug und Untreue jedoch an

S1 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Baden-Württemberg 1984 bis 2003



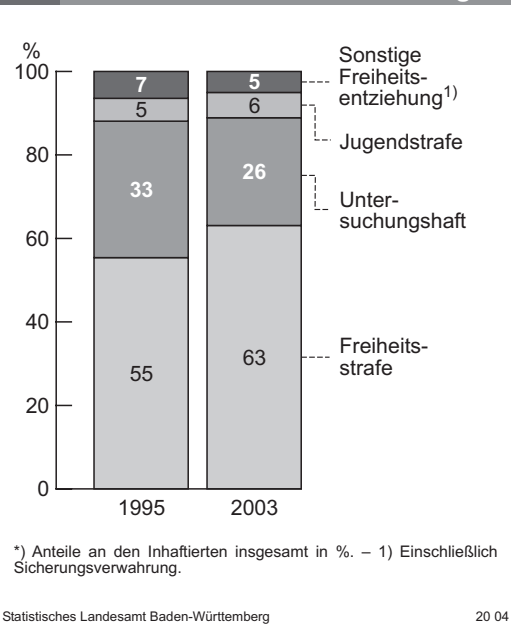
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

21 04

Bedeutung verloren. Seinerzeit waren noch 50 % aller Strafgefangenen wegen Vermögensdelikten zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden.

Häufiger als vor 10 Jahren verbüßten dagegen im Jahre 2003 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte Haftstrafen wegen Straftaten gegen die Person (außerhalb des Straßenverkehrs). Der Anteil der aufgrund dieser Straftaten Inhaftierten stieg von 23 auf 27 %, was auf die Zunahme der Haftstrafen wegen Körperverletzung und wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zurückzuführen ist. Dagegen spielen heute Straftaten gegen das Leben

S2 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Baden-Württemberg 1995 und 2003 nach Art des Vollzugs*)

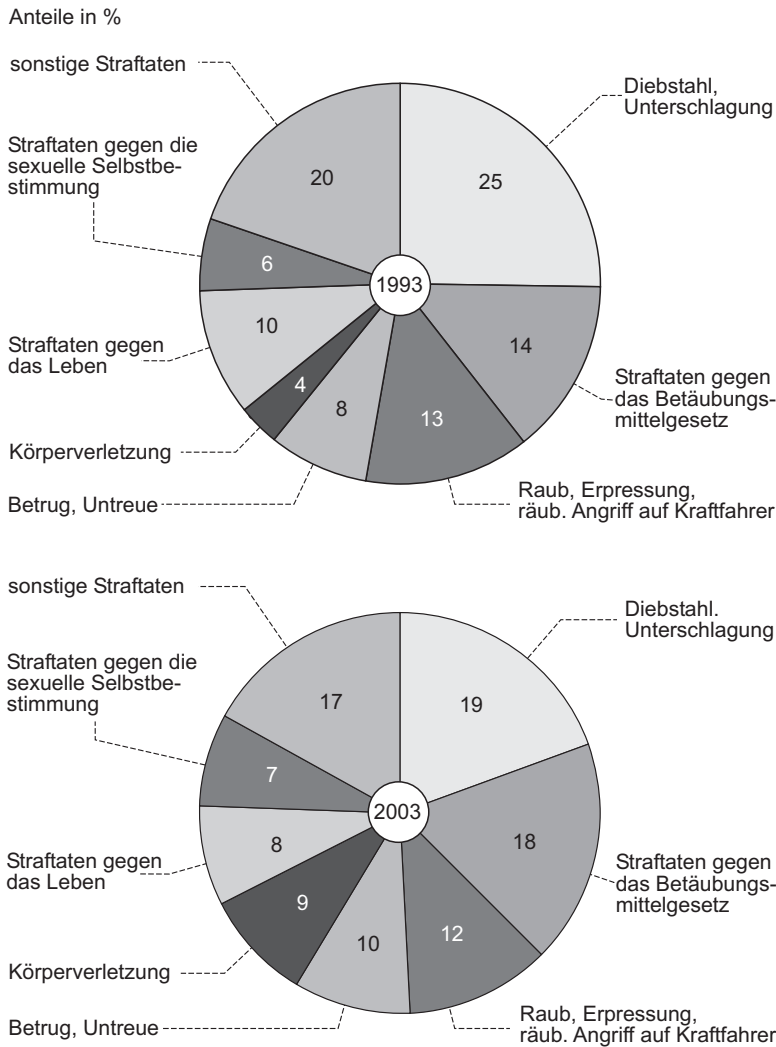


*) Anteile an den Inhaftierten insgesamt in %. – 1) Einschließlich Sicherungsverwahrung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

20 04

S3 Straftatengefängene und Sicherungsverwahrte in Baden-Württemberg 1993 und 2003 nach der schwersten begangenen Straftat



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

12 04

wie Mord und Totschlag erfreulicherweise eine geringere Rolle als noch vor Jahren. Drogen-delikte sind dagegen immer häufiger Ursache für einen Freiheitsentzug.

Bezüglich der Dauer des Freiheitsentzugs überwiegen eindeutig kürzere Haftstrafen. Fast 2 400 der insgesamt 6 200 Häftlinge – dies entspricht einem Anteil von 38 % – verbüßten 2003 Haftstrafen mit einer Dauer von unter einem Jahr, in 19 % aller Fälle war den Straftatengefängenen eine Haftstrafe von 1 bis 2 Jahren, in 27 % aller Fälle eine Haftstrafe von 2 bis 5 Jahren auferlegt worden. Längerfristige Gefängnisstrafen sind eher selten. Rund 11 % aller Straftatengefängenen verbüßten eine Haftstrafe von 5 bis 15 Jahren, 4 % eine lebenslange Freiheitsstrafe, und 1 % der Häftlinge waren Sicherungsverwahrte mit unbestimmter Haftdauer.

Während die Haftdauer längerfristig kaum Strukturverschiebungen erkennen lässt, zeichnet sich bezüglich der Häufigkeit von Vorstrafen eine positive Tendenz ab: Ein immer geringerer Teil der Straftatengefängenen und Sicherungsverwahrten ist vorbestraft. Waren 1993 noch fast 75 % aller Straftatengefängenen ein- oder mehrmals vorbestraft, sank ihr Anteil bis 2003 auf 67 %.

Betrachtet man ausschließlich die vorbestraften Straftatengefängenen, die bereits mindestens ein Mal zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe mit oder ohne Bewährung verurteilt waren, sank der Anteil an allen Straftatengefängenen und Sicherungsverwahrten zwischen 1993 und 2003 von 65 % auf 57 %. Diese Entwicklung kann als Indiz für eine geringere Rückfallgefahr und als Erfolg der durchgeführten Kriminalpräventions- und Resozialisierungsprogramme gewertet werden.

Bundesländervergleich: Wenige Straftatengefängene, aber hohe Belegungsquote der Justizvollzugsanstalten im Südwesten

Ein Vergleich der Situation im baden-württembergischen Strafvollzug mit der in anderen Bundesländern zeigt, dass es im Südwesten – gemessen an der Bevölkerung im strafmündigen Alter – vergleichsweise wenige Straftatengefängene und Sicherungsverwahrte gibt. Anfang des Jahres 2003 betrug der Bundesanteil der strafmündigen Bevölkerung Baden-Württembergs 12,7 %, während der Anteil der in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten inhaftierten Straftatengefängenen und Sicherungsverwahrten mit 10 % niedriger lag.

Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Justizvollzugsanstalten im Südwesten nicht ausgelastet sind. Ganz im Gegenteil: Im März 2003 kamen hier zu Lande auf 100 planmäßig zur Verfügung stehende Plätze in den Justizvollzugsanstalten 108 Häftlinge mit Freiheits- oder Jugendstrafe, in Untersuchungshaft, in Sicherungsverwahrung oder mit sonstigem Freiheitsentzug. Baden-Württemberg war damit das Land mit der bundesweit vierthöchsten Belegungsquote. Lediglich in Thüringen, im Saarland und in Bayern fiel das Verhältnis zwischen der tatsächlichen Belegung und der Zahl der planmäßig zur Verfügung stehenden Plätze mit 119, 110 bzw. 109 Straftatengefängenen und Sicherungsverwahrten je 100 verfügbare Haftplätze noch höher aus. Rechnet man zusätzlich noch die am 31. März 2003 vorübergehend abwesenden Straftatengefängenen mit ein, wies Baden-Württemberg sogar die dritthöchste Belegungsquote auf.

Kurzfristig dürfte sich die Lage in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten kaum entspannen. Die Zahl der Verurteilungen war zuletzt wieder höher als in den Jahren zuvor. Diese Entwicklung wird wegen der zum Teil mehrere Jahre andauernden Haftstrafen einige Zeit „nachwirken“. Selbst für den Fall, dass die Verurteilungszahlen wieder sinken, ist

erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung und in geringerem Ausmaß als bei den Verurteilungen mit einem Rückgang der Strafgefängenzahlen zu rechnen. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Monika Kaiser, Telefon 0711/641-2620
E-Mail: Monika.Kaiser@stala.bwl.de

■ kurz notiert ...

Rückläufiger Trend bei Schülerzahlen an Teilzeit-Berufsschulen – Vollzeit-Bildungsgänge mit steigender Nachfrage

Im laufenden Schuljahr 2003/04 besuchen rund 355 500 Schülerinnen und Schüler die öffentlichen beruflichen Schulen in Baden-Württemberg. Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Zahl damit um knapp 1 300 an. Die amtliche Schulstatistik ergab für die einzelnen Schularten jedoch differenzierte Ergebnisse. So verzeichnen die Teilzeit-Berufsschulen entgegen dem allgemeinen Trend einen Rückgang um 8 200 Schüler auf jetzt 197 700. Dies ist wohl größtenteils auf die schwierige Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt zurückzuführen, die sich besonders stark im kaufmännischen Bereich niederschlug. Hier sank die Schülerzahl um 4 % (2 600 Schülerinnen und Schüler) auf rund 63 100. Ein weiteres Indiz für die Schwierigkeiten, die Jugendliche bei der Lehrstellensuche derzeit haben, ist der Anstieg der Schülerzahl im Berufsvorbereitungsjahr um 11 %. Etwa 13 200 Schülerinnen und Schüler erwerben hier berufsvorbereitende Kenntnisse, damit sie im nächsten Jahr bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben.

Wie bereits in den vergangenen Schuljahren wuchs die Schülerzahl an den Berufskollegs am stärksten an. Diese Schulart besuchen im Schuljahr 2003/04 gut 38 600 Schülerinnen und Schüler, knapp 4 200 mehr als ein Jahr zuvor. Hier schlägt sich zum einen die Einführung des neu geschaffenen Berufskollegs für Praktikantinnen und Praktikanten im Rahmen der Erzieherausbildung nieder. Rund 1 600 angehende Erzieher und Erzieherinnen nahmen hier die Ausbildung auf. Die erhebliche Zunahme der Schülerzahl an den einjährigen kaufmännischen und gewerblichen Berufskollegs um 9 % auf zusammen gut 13 200 Schülerinnen und Schüler dürfte dagegen von den Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungspaltz beeinflusst sein. In diesen Bildungsgängen können Schulabgänger mit mittlerem Bildungsabschluss zusätzliche Kenntnisse bis hin zur Fachhochschulreife erwerben, von denen sie sich bessere Aussichten

auf dem Ausbildungsplatzmarkt versprechen. Wachsende Nachfrage nach Vollzeit-Bildungsgängen führte auch an den Berufsfachschulen zu einem Anstieg um rund 2 400 auf nun 50 700 Schülerinnen und Schüler. Fast die Hälfte dieses Zuwachses ist dabei auf die zweijährigen Berufsfachschulen zurückzuführen, an denen Hauptschulabgänger den mittleren Bildungsabschluss erwerben können. Einer weiter wachsenden Beliebtheit erfreuen sich die beruflichen Gymnasien, deren Schülerzahl sich um beinahe 1 300 auf 41 000 erhöhte. Hier schlägt sich in erster Linie der Ausbau von biotechnologischen Gymnasien und des informationstechnischen Profils der technischen Gymnasien nieder. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Fachschulen des Landes blieb mit knapp 12 000 nahezu konstant. Dagegen verzeichneten die Berufsoberschulen als Schulen des Zweiten Bildungswegs einen Zuwachs um fast 9 %. Rund 2 100 Jugendliche und junge Erwachsene streben hier einen mittleren Bildungsabschluss oder die Hochschulreife an.

Weniger Patienten in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

In Baden-Württemberg gab es im Jahr 2002 insgesamt 246 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Das waren 5 Häuser weniger als im Jahr 2001 (- 2 %). 352 000 Patienten belegten 2002 (- 2,3 %) die rund 31 700 Betten an zusammen knapp 8,7 Mill. Pflagetagen. Eine vollstationäre Behandlung dauerte damit im Durchschnitt 24,6 Tage. Gegenüber dem Vorjahr blieb die Bettenauslastung nahezu unverändert bei 75 %.

Im Vergleich mit der Situation zur Mitte der 90er-Jahre, als der Auslastungsgrad noch 91 % betrug, blieb die Nutzung der Betten somit vergleichsweise gering. Mitte der 90er-Jahre wurde das nahezu ungebremste Wachstum der Patientenzahlen und Pflagetage während der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts durch das Gesundheitsstrukturgesetz gestoppt. ■